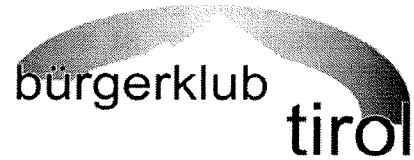


BürgerKlub Tirol im
Tiroler Landtag
Eduard Wallnöfer Platz 3
A-6020 Innsbruck

Landtagsdirektion
Eingelangt am

02. FEB. 2011

19/11



Tel: 0043-512-508-3122 (09:00-12:00 Uhr)

Fax: 0043-512-508-3125

Mail: fritz.gurgiser@buengerklub-tirol.at

Mail: thomas.schnitzer@buengerklub-tirol.at

Web: www.buengerklub-tirol.at

ANTRAG

des **Bürgerklub-Tirol** der Abgeordneten **Thomas Schnitzer** und **Fritz Gurgiser**

betreffend: Aufsichtsbehördliche Genehmigungen von Rechtsgeschäften (z. B. Verträge, Vereinbarungen, finanzielle Abwicklungen etc.) zwischen Agrargemeinschaften und Gemeinden durch die Gemeindeaufsichtsbehörde.

Der Bürgerklub Tirol und die unterzeichnenden Abgeordneten stellen den

ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Veranlassungen zur Umsetzung einer verpflichtenden Vorlage und Prüfung von Rechtsgeschäften zwischen Gemeinden und Agrargemeinschaften (z.B. Vereinbarungen, Verträge, finanzielle Abwicklungen etc.) bis hin zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung zu schaffen.

Es wird beantragt, diesen Antrag dem Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsausschuss zuzuweisen.

Begründung:

Im Par. § 114 Tiroler Gemeindeordnung sind die Aufgaben der Gemeindeaufsicht dargestellt.

So lauten der Par 114 Abs 1

Das Land Tirol übt gegenüber der Gemeinde bei der Besorgung der Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Landesvollziehung das Aufsichtsrecht aus.

der Par 114 Abs. 2.

Das Aufsichtsrecht ist dahin auszuüben, dass die Gemeinde die Gesetze und die Verordnungen des Bundes und des Landes nicht verletzt, insbesondere ihren Wirkungsbereich nicht überschreitet, und ihre auf Gesetzen und Verordnungen des Bundes und des Landes beruhenden Aufgaben erfüllt.

Auf Grund dieser in der TGO verankerten Verpflichtung sind sämtliche Rechtsgeschäfte zwischen Agrargemeinschaften und Gemeinden seitens der Gemeinden der Gemeindeaufsichtsbehörde vorzulegen, zu überprüfen und zu genehmigen.

Dieser Vorschlag soll dazu beitragen, schon sehr früh allfällige Meinungsdivergenzen bzw. Fehler zu erkennen und hintanzuhalten. Ebenso, um in Folge langjährige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden und den GemeindeverhandlerInnen Rechtssicherheit zu geben.

Innsbruck, am 31. Jänner 2011

LAbg. Ing. Thomas Schnitzer



LAbg. Fritz Gurgiser

